

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

**Amtsblatt** der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts in Baugen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats in Bischofswerda und der Gemeindefürsorge des Bezirks. Dieses Blatt im Bezirke . . . erscheint seit 1848.



**Anzeigeblatt** für Bischofswerda, Neutrich, Stolpen und Umgegend sowie für die angrenzenden Bezirke. — Wöchentlich 2 Bogen: Der Sächsische Landwirt und Sonntag-Unterhaltungsblatt. . . . Fernsprecher Nr. 2.

**Geschäftsstelle:** Bischofswerda, Altmühl 15. Am Montag abends für den folgenden Tag. Der Wochenpreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 2.20, bei Zusendung ins Haus monatlich Mk. 2.50; durch die Post bezogen wöchentlich Mk. 0.75 ohne Zustellungsgebühr.

**Postfach-Nr.:** Amt Baugen Nr. 21 543. — **Gemeindeverbandskasse:** Bischofswerda Nr. 64. Im Falle einer Gewalt- oder Krieg- oder sonstiger irgend welcher Art der Zerstörung oder der Befreiung der Gemeindeverbandskasse hat der Bezirker keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

**Anzeigenpreis:** Die gewöhnliche Grundzeile (Zm. 10 bis 14 oder deren Raum 75 Bsp.) täglich 60 Bsp. Im Sonntags- und Feiertags- und die gewöhnliche Zeile (Zm. 10 bis 14 oder deren Raum 75 Bsp.) täglich 120 Bsp. Die gewöhnliche Zeile (Zm. 10 bis 14 oder deren Raum 75 Bsp.) täglich 120 Bsp. — Für bestimmte Tage oder Wochen wird keine Gebühr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 111.

Sonnabend, den 15. Mai 1920.

74. Jahrgang.

## Die Verfassung vor der Volkskammer.

SZ. Dresden, 12. Mai. Nach Erledigung einiger „Kurzer Anfragen“, die rein örtlichen Charakters waren, nahm die Kammer eine Begründung des Ministerpräsidenten zu der Regierungsvorlage über die neue Verfassung des Reiches an. Der Ministerpräsident erklärte, dass die neue Verfassung einen wesentlichen Fortschritt bedeute und um wohlwollende Behandlung der Vorlage durch die Kammer bat.

Ministerpräsident Breda begründet den Verfassungsentwurf. Die neue Verfassung lehne sich eng an den Entwurf der Reichsverfassung an. Die Staatsgewalt gehe einzig und allein vom Volke aus. Die Volksvertretung führe wieder die Bezeichnung Landtag; er unterstehe dem Landtag. Gegenüber der Verfassung von 1831 bedeute das neue Grundgesetz einen wesentlichen Fortschritt. Der Entwurf habe in der Presse nicht die erwartete Besprechung und Kritik gefunden. Er nehme also an, daß er eine gute Aufnahme im Lande gefunden hat und auch hier finden wird. Der Ministerpräsident bittet um wohlwollende Behandlung.

Abg. Cassan (Soz.) übt an dem Entwurf vielfache Kritik. Die Selbständigkeit des Landtages werde beschnitten dadurch, daß das Ministerium das Parlament auflösen könne. In allen Bestimmungen der Verfassung müsse die Selbständigkeit des Landtages festgelegt werden. Es dürfe keine andere Souveränität geben als die des Volkes.

Abg. Deuffer (Deutschnat. Vp.): Unter der alten 87 Jahre in Kraft gewesenen Verfassung sei das sächsische Volk ungewollt glücklich gewesen (sehr richtig); er wolle es nun unter der neuen Verfassung ebenfalls glücklich machen. Da viele Bestimmungen der neuen Verfassung bereits durch die Reichsverfassung festgelegt sind und Reichsrecht über Landesrecht geht, so würde man dem neuen Grundgesetz ohne große Neben zustimmen können. Seine Partei sei einverstanden mit der Beibehaltung des Volkenschieds, der ein wertvolles Gegengewicht gegen die allzu überragende Macht des Parlaments bilden könne. Ebenso seien sie mit der Einführung des Wahlprüfungsgerichts und dessen Befugnis mit richterlichen Beamten einverstanden. Die Untersuchungsausschüsse lehnen sie ab; wenn etwas zu unternehmen ist, was kriminell von Bedeutung ist, so genügen unsere Gerichte vollständig. Er sehe auch nicht die Notwendigkeit ein, den Titel Ministerpräsident durch Staatspräsident zu ersetzen. Der Ausdruck erscheine ihm zu präventiv für die tatsächlichen Verhältnisse. Die Höchstzahl der Abgeordneten könne ganz gut herabgemindert werden. Zurzeit leben wir allerdings in einer Befreiungsmanie, aber vielleicht beherzigen die neuen Machthaber einmal das alte Wort des Tacitus: Je schlechter der Staat ist, desto mehr macht er Befehle. Mit der Überweisung des Entwurfs an einen besonderen Ausschuss sind wir einverstanden.

Abg. Dr. Wulffen (Dem.): Ohne die neue Verfassung geschaffen zu haben, hätte dieses Haus garnicht auseinandergehen können; sie sei seine hauptsächlichste Aufgabe. Die Eigenart unseres Volkes müßte in der neuen Verfassung gewahrt, die Reichseinheit festgehalten werden. Der Entwurf führe die demokratischen Grundsätze in vollem Umfange durch, wenn man auch sagen müsse, daß die preussische Verfassung in den staatsrechtlichen Sägen klarer und fester gefaßt ist. Redner verbreitet sich über verschiedene Unterschiede mit den Verfassungen der anderen deutschen Verfassungen und des Reiches. Die Untersuchungsausschüsse seien nötig. Seine Partei wünsche eine Verringerung der Ministerien. Zu begrüßen sei auch der Volkenschied.

Vizepräsident Lipinski (Unabh.) hält auch die preussische Verfassung für besser und klarer als den vorliegenden Entwurf.

Abg. Blüher (Deutsche Vp.): Der Entwurf bilde eine brauchbare Grundlage für die Ausschussberatung. Das politische Interesse an der Sache scheint nicht sehr groß zu sein. Von Souveränität könne heute, wo wir nach der Weimarer Verfassung mit vollen Segeln auf den Einheitsboot zu steuern, nicht mehr die Rede sein. Mit Volkenschied und Volksbegehren hat man in der Schweiz keine besonders erfreulichen Erfahrungen gemacht; zur politischen Erziehung des Volkes tragen sie wenig bei. Das Wahlprüfungsgericht ist eine konstitutionelle Garantie.

Abg. Nische (Soz.) stellt fest, daß der Vertreter der Unabhängigen, Vizepräsident Lipinski, sich auf den Standpunkt der Verfassung und der Demokratie gestellt habe. Es sei nicht zweifelhaft, die Zahl der Abgeordneten zu verringern. Nach einer Bemerkung des Vizepräsidenten Lipinski erklärte

Ministerpräsident Breda: Auch die Regierung ist auf dem Umwege über die Kammer dem Vertrauen des Volkes getrauen. Wenn die Regierung dieses Vertrauen mißbrauche, sei in dem Entwurf die Handhabe gegeben, die Regierung ihres Amtes zu entheben. Innerhalb dieser Bestimmung müsse aber die Regierung eine gewisse Bewegungsfreiheit und Selbständigkeit haben; die keinesfalls zum Mißbrauch zu führen brauche. Der Volksbegehren sei wegen seiner schweren Durchführbarkeit nicht in dem Entwurf aufgenommen worden.

Der unabhängige Antrag auf Verweisung des Entwurfs an den Rechtsausschuss wird darauf abgelehnt und ein Antrag auf Überweisung der Vorlage an einen aus 17 Mitgliedern bestehenden Sonderausschuss angenommen.

Nächste Sitzung: Montag, den 17. Mai, mittags 1 Uhr. Tagesordnung: Darlehen an das Leipziger Volkshaus, Änderung des Übergangsgesetzes, Antrag Arzt zur Erneuerung von Zeitungen zu Amtsblättern.

## Die Kabinettskrise in Italien.

Lugano, 14. Mai. Kaum drei Tage, nachdem die Kammer dem Ministerium Ritti fast einmütig in der Frage der Außenpolitik zugestimmt, hat dieselbe Kammer mit 198 gegen 112 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen aus Anlaß der Beratung eines Antrages über Zwischenfälle bei der Postverwaltung das Ministerium zum Rücktritt gezwungen. Es genügt diese Tatsache, um den ganzen chaotischen Zustand, in dem die italienische Seele sich im gegenwärtigen Augenblick befindet, zu kennzeichnen. Was man kommen soll, weiß niemand. Die Tagesblätter aller Parteien sind sich darin einig, die Lage als kritisch für das Schicksal Italiens zu bezeichnen. Die größte Wahrscheinlichkeit besteht für ein katholisches Ministerium unter dem Vorherrschaft von Meda. Der „Secolo“ hält ein neues Ministerium Ritti nicht für ausgeschlossen. Die Sozialisten feiern den Sturz Rittis als ihren Sieg, dem bald derjenige über das bevorstehende katholische Ministerium und damit über das Bürgertum überhaupt folgen werde. Nach der Abstimmung teilte der Kammerpräsident mit, daß der Ministerpräsident bei Beginn der Mittwochsitzung den Rücktritt des Ministeriums bekanntgeben werde.

Ritti ist über eine Geschäftsordnungsangelegenheit gestürzt. Er weigerte sich, im Gange befindliche Staatsberatungen unterbrechen zu lassen, um die Besprechung des Postetats und der Streikbewegung unter den Postbeamten vorzunehmen, also über einen Vorwand der ihn stützenden Parteien, der Sozialisten und der in deren Fahrwasser geratene Merikalen. Ob diese Krise auch außerpolitische Folgen haben wird, bleibt abzuwarten.

## Zusammenkunft zwischen Millerand und Lloyd George.

Paris, 13. Mai. (B. I. B.) Nach Havasberichten verlautet, daß nach den letzten Vereinbarungen die Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Millerand Ende der Woche in Hythe, einem kleinen Orte bei Folkestone stattfinden wird. Millerand wird von Marial begleitet sein. Im Laufe der nächsten Woche werden dann in England Besprechungen zwischen Lloyd George und dem belgischen Minister des Äußeren, sowie dem belgischen Wirtschaftsminister stattfinden. Nach der Konferenz von Folkestone dürfte dann mit Sicherheit zu erfahren sein, ob die Konferenz von Spa verschoben wird oder nicht. Das erste wird in maßgebenden Kreisen für das Wahrscheinlichere gehalten, da die Alliierten Zeit zu haben wünschen, um die Wiedergutmachungsfrage in allen Einzelheiten zu prüfen.

## Zur Wahlbewegung

Die Kandidatenliste der Deutschnationalen Volkspartei für den Wahlkreis Ostfachsen hat nach einer Abänderung bezug. Ergänzung erfahren und lautet in ihrer endgültigen Zusammenfassung folgendermaßen: Syndikus Dr. Reichert, Dresden-Berlin, Bauerngutsbesitzer Domich, Großenhain, Dorf bei Böbau, Stadtrat Bläsermeister Wehlich, Dresden, Frau Willi Böttmann, Loschwitz, Gutsbesitzer Heitz, Hintersdorf b. Tharandt, Schlosser Schubert, Friedrichswald bei Pirna, Postmeister Weller, Oberan, Walermmeister Christ, Radberg, Generalleutnant Feldzeugmeister a. D. Jellmer, Dresden, Landwirt und Müller Claus, Probst bei Reichen, Fräulein Weller, Geschäftsvorbandsführerin, Dresden, Vizepostdirektor Hartzig, Großenhain, Pastor Berg, Baugen, Lehrer Beckmann, Tröbzigau b. Bischofswerda, Gütervor-

steher Heuschel-Röber, Freiberg, Sanitätsrat Dr. med. Kretschmar, Dresden, Kaufmann Gottlieb, Pirna. — Demnach ist mit den Mittelstandsvereinigungen eine Einigung zustande gekommen, da auch die dritte Stelle als unbedingt sicher angesehen wird.

## Neues aus aller Welt

— **Schließung einer Hamburger Werft.** Die Werft von Blohm & Böh in Hamburg hat infolge Streiks der technischen und kaufmännischen Angestellten usw. den Betrieb geschlossen und die Entlassung sämtlicher Arbeiter ausgesprochen. Nach Wiedereröffnung des Betriebes sollen sämtliche Arbeiter wieder eingestellt werden.

— **Die Berliner Feilseurgeschiffen** haben an Himmelfahrt die Arbeit niedergelegt, da ihnen Wochenlöhne von 140 M für Herren- und 150 M für Damenfriseur nicht bewilligt worden sind.

— **Schwerer Kampf mit einem Verbrecher.** Dieser Tage sollte der vor kurzem aus dem Offenbacher Arresthaus ausgebrochene, vielfach vorbestrafte Hans Möllinger in seiner Wohnung bei Offenbach verhaftet werden. Er setzte sich zur Wehr, warf mit Handgranaten und tötete dabei einen Kriminalwachmeister. Mehrere Schutzleute wurden schwer verletzt. Möllinger selbst wurde durch den Schuß eines Beamten getötet.

— **Familien drama in Berlin.** In der Nacht zum Himmelfahrtstag vergifteten der 35jährige Fabrikarbeiter und Portier Werner und dessen 28jährige Ehefrau sich selbst und ihre 4 Kinder mit Gas. Werner war seit längerer Zeit arbeitslos und seine Frau krank. Einzelnen Blättern zufolge soll er sich auch verschiedene strafbare Handlungen haben zu Schulden kommen lassen und seine Festnahme befürchtet haben.

## Aus Sachse

Dresden, 14. Mai. Die Anzeichen der industriellen Krise. In der sächsischen Schreib- und Nähmaschinenindustrie macht sich ein starker Rückgang der Aufträge bemerkbar. Viele Aufträge werden zurückgezogen. Amerikanische Nähmaschinen werden bereits um 200 M billiger angeboten als deutsche. In der erzgebirgischen Perleindustrie werden ebenfalls zahlreiche Aufträge zurückgezogen, desgleichen in der Wirkwarenindustrie und Textilindustrie. Zum Teil sind Arbeitseinschränkungen bis auf 30 und 24 Stunden wöchentlich bereits erfolgt.

Freiberg, 12. Mai. Eine jugendliche Diebesgesellschaft von 9 Personen im Alter von 15 bis 19 Jahren ist hier ermittelt worden. Die Beschuldigten, die größtenteils noch Wehrlinge waren, hatten ihren Vorrat nach und nach 5 Zentner Zucker und 4 Zentner Mehl gestohlen und diese Waren an einen hier wohnhaften Arbeiter und an einen auswärtigen Händler verkauft, die sie zu Bucherpreisen weiterverkauft hatten.

## Aus der Oberlausitz.

Bischofswerda, 14. Mai.

— **Er. In der geistlichen Musik-Aufführung** am Mittwochabend versprach die hiesige Kantorei eine Erbauungsstunde unter dem Leitgedanken: „Bete!“ Und was sie versprochen, hat sie voll und ganz gehalten, denn es war zugleich ein wahrhaft kirchenmusikalischer Kunstgenuss. In der Mendelssohnischen D-moll-Sonate führte sich Herr Organist Hardt ein als Künstler, der sowohl durch seine wohlklingende Ruhe bestach, als durch sein meisterhaftes, sauberes Spiel, ganz gleich, ob im Figurieren oder im leidenschaftlichen Mittelteil, die Hörer in seinen Bann zwang. Das Gebet v. Herzogenberg für Gesang, Violine und Orgel machte die andächtig lauschenden Zuhörer mit der Sopranistin Frau Anne Stark aus Dresden bekannt. Diesmal hatte Herr Kantor Hillmann in der Auswahl eine glückliche Hand gehabt. Ihre, wenn auch nicht zu große, aber liebliche, schmiegsame Stimme, besonders wohlklingend in der Mittelstimm, sang sich schnell in die Herzen hinein. In dem Bachschen Liebes „Gebet Herr Jesu“ zeigte sie sich bei glodreiner Tongabe als Meisterin in der Zurückhaltung. Noch lange nach der Aufführung lag mir im Ohr ihr, wie aus der Ferne hallendes, weiches, sehnüchtes „Wo bleibst Du so lange?“ Bei dem Liede „Hier bin ich, Herr“ war für den zarten Sopran die Begleitung ein wenig zu stark aufgetragen. Aufmerksam lauschten alle Anwesenden unserem Violinkünstler, Herrn Rüdiger, der sein Instrument im Adagio v. Veracini in allen Schattierungen singen und klingen ließ. Auch im